Euro-Bombe statt Force de Frappe? : Euroatom und die nukleare Option Deutschlands

Autor(en): **Küntzel, Matthias**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **15 (1995)**

Heft 29

PDF erstellt am: **06.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651871

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Matthias Küntzel

Euro-Bombe statt Force de Frappe?

Euratom und die nukleare Option Deutschlands

Die Zukunft der westeuropäischen Militärpolitik wird in den kommenden Monaten und Jahren ein zentrales Thema der Europa-Debatte sein. 1996 wird sich der Europäische Rat mit dieser Frage befassen und zugleich die Weichen stellen für eine Neufassung des 1998 auslaufenden Vertrages über die Westeuropäische Union (WEU). „Europa müsse", so der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe über das Ziel, das die deutsche Bundesregierung verfolgt, „ein gleichrangiger Partner Amerikas mit globaler strategischer Handlungsfähigkeit sein, die von der Beteiligung Amerikas nicht abhängig sei." (FAZ, 21.4.95) Der transatlantische Verbund wird gelockert: Man will die Errichtung eines eigenständig handlungsfähigen bewaffneten Arms der Europäischen Union, welcher je nach Bedarf auch als die europäische Säule innerhalb der Nato fungieren kann. Man beansprucht zugleich Gleichrangigkeit und strategische Handlungsfähigkeit, die ohne ein Atomwaffenpotential allerdings nicht zu haben ist.

Werden die Staaten der Europäischen Union, wie es der Atomwaffensperrvertrag vorschreibt, diese Konzeption von Rühe durchkreuzen, auf Abrüstung setzen und die britischen und französischen Atomwaffen schrittweise in den mit SALT begonnenen Abrüstungsprozess einbeziehen? In diesem Fall bestünde eine Chance, dass Deutschland eine Nicht-Atommacht bleibt. Oder wird die Europäische Union auf Aufrüstung und Modernisierung ihrer Atomwaffen setzen, um mit den Kapazitäten der USA nach und nach gleichzuziehen? In diesem Fall wird sich die Bundesregierung in die europäische Atomwaffenpolitik einmischen und ihren derzeitigen nuklearen Status über eine europäische nukleare Planungsgruppe und einer gemeinsamen Entscheidungsstruktur mit nur vorübergehend akzeptiertem Vetorecht für London und Paris zu verändern suchen. Die Forderungen massgeblicher Regierungsberater sind eindeutig: Michael Stürmer etwa, Direktor der Ebenhausener Stiftung „Wissenschaft und Politik", dem bedeutenden aussenpolitischen „think tank" der BRD, hält „ohne Preisgabe der verschiedenen nationalen Sonderwege" eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union für ausgeschlossen, wobei er in einem Aufsatz bezüglich Deutschland den Nuklearverzicht als den zu überwindenden „Sonderweg" qualifiziert:

Es stelle sich heute „nicht nur die Frage des deutschen Nuklearverzichts von 1954 und 1990 im europäischen Kontext auf veränderte Weise, sondern auch die der britischen und französischen Verfügung über nukleare Waffen als Ausdruck des Bestrebens, Herr über das eigene Schicksal zu bleiben." (Stürmer 1995). London und Paris müssten „zur weitgehenden Europäisierung der Funktion ihrer Kernwaffen" bereit sein, schrieben 1994 auch Karl Kaiser und Erwin Häckel, zwei leitende Mitarbeiter der regierungsnahen „Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik"; nur dann sei eine weitere

Proliferation in Europa zu vermeiden: „Man muss... sehen, dass der deutsche Kernwaffenverzicht zwar ohne Vorbehalt ausgesprochen wurde, aber nicht vorbehaltlos gemeint sein kann." Wie steht es mit dem soeben in New York unbefristet verlängerten Atomwaffensperrvertrag? Lässt dieser eine Europäische Atomstreitmacht unter Einschluss der nichtnuklearen Länder überhaupt zu?

Die Europäische Option

In einem internen, von Uwe Nerlich verfassten Papier der „Stiftung Wissenschaft und Politik" wurde schon 1973 der Atomwaffensperrvertrag „in der zwischen den USA und westeuropäischen Regierungen interpretierten Form als Rahmenbedingung künftiger Entwicklungen in der militärisch-nuklearen Zusammenarbeit" bezeichnet: Der Vertrag stelle klar, „was nicht sein darf, und reduziert damit die Ansatzmöglichkeiten politischer Opposition gegen Entwicklungen in diesem Bereich auf die Fälle nachweislicher Vertragsverletzung." In der Tat wurde bei der Aushandlung dieses Vertrages unter massgeblicher Mitwirkung der BRD dafür gesorgt, dass beispielsweise der Transfer von deutschem Plutonium oder deutscher Waffentechnologie für die Force de Frappe keiner Einschränkung unterliegt.

Für Politiker mit eindeutigen Ambitionen wie etwa Franz Josef Strauss war gerade dieser Punkt – „die Entwicklung und Herstellung der Europäischen Atomwaffen... durch wissenschaftliche und finanzielle Beiträge anderer Staaten der Europäischen Union" – der wichtigste Hebel zur Etablierung einer Europäischen Atomstreitmacht. Die hohe Aktualität dieses Schlupfloches illustriert ein Bericht der US-amerikanischen Fachzeitschrift „Nuclear-Fuel" von Januar 1995. Darin wird berichtet, dass „in den vergangenen Monaten Plutonium mit waffengrädiger Isotopenzusammensetzung aus Deutschlands ausgelaufenem Brutreaktorenprogramm von dem Bunker in Hanau nach Frankreich transferiert worden ist."

Darüberhinaus hatte Bonn als Voraussetzung seines Beitritts zum Sperrvertrag erklärt, dass dieser für die deutsche Teilnahme an einem europäischen Atomwaffenprojekt kein Hindernis darstellen dürfe. Diesen Vorbehalt formulierte in der Ratifizierungsdebatte des Deutschen Bundestages auch der Sprecher der SPD: „Der Vertrag hält die Europäische Option offen. Deshalb werden wir dem Vertrag zustimmen."

Dass Deutschland mit dem Beharren auf der Europäischen Option den Atomwaffensperrvertrag entwertet, liegt auf der Hand. Wie würde die Weltöffentlichkeit auf die Meldung reagieren, dass etwa Japan den Aufbau einer „Asiatischen Option" gemeinsam mit Korea, China und Taiwan zum Ziel seiner Aussenpolitik und den Verzicht auf Atomwaffen nur unter diesem Vorbehalt erklärt? Dennoch hatte der Vorbehalt der Europäischen Option auch Eingang in den Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 gefunden. Im Sommer 1990 hatte Helmut Kohl gegenüber Gorbatschow im Kaukasus zwar noch einen vorbehaltlosen Verzicht auf ABC-Waffen erklärt, schrieb später die bundeswehrnahe Zeitschrift Europäische Sicherheit. „In mehreren Re-

den ist das von Bundesaussenminister Hans-Dietrich Genscher jedoch zu einer ‚Bekräftigung' der bereits früher geleisteten Verzichtserklärungen verschoben worden. Genschers Formel wurde in den Zwei-plus-Vier-Vertrag hineingeschrieben. Die früheren Verzichtserklärungen gelten aber unter dem europäischen Vorbehalt."

Die weltpolitische Brisanz der Euratom-USA-Kontroverse

Die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft von 1957 war mit dem Projekt der französischen Atomwaffen untrennbar verwoben. Doch auch von Bonn aus wurde Euratom in erster Linie als eine Entwicklungsvoraussetzung für die europäische bzw. deutsche Bombe betrachtet. Dem Protokoll einer Kabinettssitzung zufolge hatte Adenauer 1956 vor dem Bundeskabinett erklärt, „er möchte über Euratom auf schnellstem Weg die Möglichkeit erhalten, selbst nukleare Waffen herzustellen." Am Ende des Jahres 1957 hatte der französische Verteidigungsminister Chaban-Delmas Westdeutschland und Italien den Vorschlag einer gemeinsamen Atomwaffenproduktion unterbreitet. 1958 hatten die Verteidigungsminister der drei Länder, wie Franz Josef Strauss in seinen Memoiren später enthüllte, „den Entwurf des Abkommens ausführlich besprochen. Im Mittelpunkt stand die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Atomsprengkörpern. ...Das Abkommen wurde paraphiert, und jeder Unterzeichner nahm eine Kopie mit." Dieses Abkommen wurde zwar nach der Machtübernahme von Charles de Gaulle im Herbst 1958 in seinen Hauptbestandteilen für ungültig erklärt.

Die damals bereits erkennbaren Charakteristika der nuklearen Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris haben jedoch ihre Gültigkeit bis heute nicht verloren. Da gibt es einerseits die Konkurrenz zwischen Bonn und Paris und das französische Bestreben, die Deutschen von der Atombombe fernzuhalten. So wurde in Frankreich mit der finanziellen und technologischen Potenz des östlichen Nachbarn immer mal wieder geliebäugelt, ohne mit ihm jedoch die nationale Verfügungsgewalt jemals teilen zu wollen. Dies hatte auf der deutschen Seite, der gerade an Verfügungsgewalt gelegen war, Frustrationen und eine stärkere Anlehnung an die USA zur Folge gehabt. Das französische Misstrauen scheint bis heute ungebrochen. So wird in der französischen Anlage La Hague das Plutonium aus deutschen Brennelementen entnommen und zumindest partiell, wie zu vermuten ist, dem französischen Atomwaffenprogramm zugeführt. Zugleich wird aber der Rücktransport des deutschen Plutoniums nach Deutschland von spezifischen Non-Proliferationsgarantien abhängig gemacht oder verweigert.

Deutsch-französische Eintracht bestand andererseits immer dann, wenn es darum ging, die nuklearen Dinge im Euratom-Bereich einer Kontrolle oder gar Mitsprache durch die USA zu entziehen. „Die Europäer beharren auf dem Standpunkt, dass ein mit der US-Inspektion implizit verbundener untergeordeter Status die Gemeinschaft für die Teilnehmerländer politisch unakzeptabel machen würde. IAEO-Kontrollen seien genausowenig akzeptabel, solange weder die USA noch Grossbritannien bereit sind, sich den

gleichen Inspektionen auszusetzen", kabelte bereits 1956 ein US-Diplomat an seine Regierung. Die Frage der europäischen Kontroll-Autonomie ist seither der hauptsächliche Existenzzweck von Euratom und ein Streitpunkt im transatlantischen Verhältnis geblieben: 1958 hatte Euratom gegen den Wunsch der USA die Etablierung eines eigenständigen Euratom-Kontrollsystems durchgesetzt. 1967 drohten die Verhandlungen über einen Atomwaffensperrvertrag am europäischen Beharren auf Selbstkontrolle zu scheitern. Das damals von den beiden Supermächten durchgesetzte (stark eingeschränkte) Kontrollrecht der Wiener Agentur im Euratom-Raum wird seither Schritt für Schritt wieder zurückgedrängt. Noch 1985 etwa hatte sich der ehemalige stellvertretende Chef der IAEO, David Fischer, darüber beschwert, dass „die Euratom ... einen grossen Teil ihres Kontroll-Engagements darauf konzentriert, die Rolle der IAEO auf ein Minimum zu beschränken."

Zehn Jahre später ist dieser Streit am Beispiel der Frage der Mitsprache der USA über das in Europa aus US-Brennstoff abgetrennte Plutonium erneut entbrannt. Auf der einen Seite die USA, die auf ihrer Mitsprache bestanden, auf der anderen Seite die Europäer unter massgeblicher Mitwirkung Bonns, die jene Mitsprache unter allen denkbaren Umständen auszuschliessen bemüht gewesen sind: Man will im Hinblick auf künftige nukleare Projekte ein Veto-Recht der USA auf keinen Fall akzeptieren. Um welche künftigen Projekte könnte es gehen? Würden London und Paris eine deutsche nukleare Teilhabe, die ihren Interessen widerspricht, überhaupt akzeptieren?

Auf dem Weg zur deutschen Atommacht – und zur Spaltung der EU?

Wo die neudeutsche Aussenpolitik ihre Ziele nicht auf dem Wege der Überzeugung erreichen kann, wird gedroht. So beispielsweise in den „Überlegungen zur europäischen Politik" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (das sogenannte „Schäuble-Papier") vom 1. September 1994. Darin wurde, um den französischen Widerstand gegen die Osterweiterung der Europäischen Union zu brechen, mit der Wiederholung des deutschen Sonderwegs und der Spaltung der EU offen gedroht: „Ohne eine solche Weiterentwicklung der (west)europäischen Integration könnte Deutschland aufgefordert werden oder aus eigenen Sicherheitszwängen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen." (Schäuble/Lamers 1994, 1273)

Dass man die französisch-britischen Bedenken gegen eine stärkere nukleare Rolle der Deutschen ebenfalls mit Hilfe von Einschüchterung „ausräumen" will, ist offenkundig. Die hierzu benötigten Schlüsselbegriffe wurden schon wenige Wochen nach dem Fall der Mauer, im Dezember 1989, von dem aussenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Karl Lamers, artikuliert: „Die französischen und natürlich auch die britischen Nuklearwaffen müssen eine europäische Funktion erhalten" und „die Bundesrepublik Deutschland... ihre Haltung vor allem zur Zukunft des Nuklearen deutlicher machen als bisher", hatte Lamers vor dem Deutschen Bundestag erklärt.

„Wenn auch die Verteidigung in europäischen Händen läge, wäre das für Frankreich zugleich die beste Versicherung gegen la dérive allemande." Das deutsche Abirren, die Aufkündigung der Westbindung, die nationale Atomwaffenoption – all dies wird von der herrschenden Politik in Deutschland nicht etwa als ein Hirngespinst zurückgewiesen, sondern, ganz im Gegenteil, als eine Option ins Spiel gebracht. Die europäische Sorge vor deutschen Wiederholungen, vor deutscher Kontinuität wird auf riskante Weise aufgegriffen und in eine Drohung umgemünzt: Liebe Franzosen, hiergegen solltet ihr euch absichern. Gebt euren Arsenalen also besser eine europäische Funktion.

Dass diese Form der Erpressung auch in den offiziellen Papieren der Westeuropäischen Union ihren Niederschlag findet, beweist der Bericht des WEU-Verteidigungsausschusses über „Rolle und Zukunft der Atomwaffen" in Europa von Mai 1994. Dieser Bericht konstatiert eine zunehmende Unglaubwürdigkeit der US-Atomwaffengarantie und die damit zusammenhängende Reaktualisierung des deutschen Problems: „In diesem Rahmen muss Deutschland eine glaubwürdige nukleare Abschreckung verschafft werden ..., damit es sich nicht gezwungen sieht, seine eigene atomare Abschreckung zu entwickeln", so das Papier. „Die rein französisch-britische Atomwaffen-Kooperation könnte von Deutschland als eine Kraft wahrgenommen werden, gegen die ein Gegengewicht zu setzen sei."

Selbstverständlich wäre die Sorge vor jenem „Gegengewicht" und die Drohung mit einer eigenen nuklearen Abschreckung ohne die Existenz des nationalen deutschen Plutoniumlagers in Hanau nur Schall und Rauch. Dieses Lager mit seinen ca. 3000 kg Plutonium (dem grössten Inventar des Bombenstoffes, über das ein „Nicht-Atomwaffenstaat" weltweit verfügt) ist aber Drohung genug: Eine Nation mit einem Plutoniumlager ist eine Nation mit einer nuklearen Option. Die in Karlsruhe und Hanau konzentrierte deutsche Plutoniumindustrie spielt energiepolitisch keine Rolle. Als Trumpfkarte im europäischen Atomwaffenpoker hat sie hingegen eine Funktion.

Die Frage des Ausstiegs aus der Plutoniumpolitik ist nicht in erster Linie ein Thema von Energiekonsensgesprächen, sondern eine Frage der Weichenstellung im Bereich der deutschen Aussen- und Sicherheitspolitik. Die deutsche Optionspolitik zu torpedieren, wo immer es geht, liegt freilich nicht nur im Interesse der deutschen Opposition. Denn falls Europa und die Welt einen europäischen Atommachtstatus für Deutschland erst einmal akzeptiert haben sollte, wäre es bis zur Realisierung einer nationalen deutschen Atommacht nur noch ein kleiner Schritt.

Literatur

Fischer, David/Szasz, Paul, 1985: Safeguarding The Atom. London.

Häckel, Erwin/Kaiser, Karl, 1994: Kernwaffenbesitz und Kernwaffenabrüstung. Bestehen Gefahren der nuklearen Proliferation in Europa? In: J. Krause (Hg.): Kernwaffenverbreitung und internationaler Systemwandel. Baden-Baden.

Hennes, Michael, 1993: Der Traum der Vereinigten Staaten von Europa. In: Europäische Sicherheit, Nr. 6.

Hibbs, Mark, 1995: Siemes To Repackage Germany's Seperated Plutonium Inventory. In: NuclearFuel, January 16.

Küntzel, Matthias, 1992: Bonn und die Bombe. Deutsche Atomwaffenpolitik von Adenauer bis Brandt. Frankfurt/M.

Ders., 1995: Bundesrepublik und nukleare (Non)Proliferation. In: Blätter f. deutsche u. internationale Politik, H. 3, Bonn.

Nerlich, Uwe, 1973: Der NV-Vertrag in der Politik der BRD. Ebenhausen.

Schäuble, Wofgang/Lamers, Karl, 1994: Überlegungen zur europäischen Politik. Dokumentation in: Blätter f. deutsche u. internationale Politik, H. 10, Bonn.

Strauss, Franz Josef, 1965: An Alliance of Continents. In: International Affairs. April.

Ders., 1989: Die Erinnerungen. Berlin.

Vgl. u.a. Giesen, Klaus-Gerd, 1993: Die Rolle der Europäischen Gemeinschaft. In: W. Süss/ G. Becher (Hg.): Politik und Technologieentwicklung. Henken, Lühr, 1994: Der Nichtverbreitungsvertrag und deutsche Atommachtambitionen. In: Andere Zeiten, Nr. 6, Berlin.

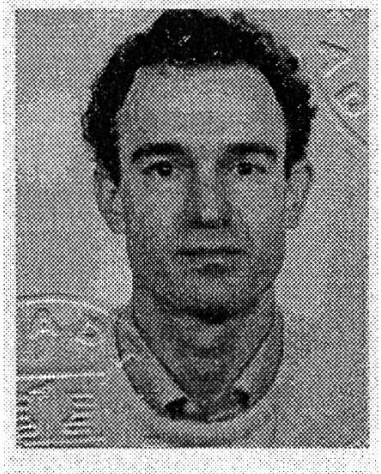
Nicht nur im **Widerspruch** zentral gelegen!

bokos druck

Badenerstrasse 123 a
8004 Zürich
Telefon 01 / 241 31 80

mit offener Türe
für individuelle
Grenzen!

A 4134537



Nom

Signature